

II. DEMOKRATIE ALS STAATSFORM – LEISTUNG UND GRENZEN

MICHAEL SCHRAMM

Demokratie im Dilemma? Freiheitsgarantie – Arbeitslosigkeit und Sozialleistungen – Ökologische Herausforderung

Die Demokratie der (post-)modernen Gesellschaft steht unter Bewährungsdruck. Sie hat sich angesichts konfliktreicher Herausforderungen – vor allem seit 1989 – zu bewähren. Verschiedene Dilemmata der Demokratie werden konstatiert: Sie stehe in – zumindest partiellem – Widerstreit zur Freiheit¹, zur Sicherung der Beschäftigung² und der Sozialleistungen³, schließlich zur ökologischen Herausforderung⁴. Der christlichen Sozialethik stellt sich die Aufgabe, aus ihrer leitenden Perspektive theologisch fundierter Gerechtigkeit (Mt 6,33), die sich insbesondere in einer »vorrangigen Option für die Armen« realisiert⁵, konzeptionelle

¹ Helmut Schelsky, Mehr Demokratie oder mehr Freiheit? Der Grundsatzkonflikt der »Polarisierung« in der Bundesrepublik Deutschland, in: *ders.*, Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung. Grundsatzkonflikte der Bundesrepublik, München 1973, 47–82.

² Verwiesen wird etwa auf das Dilemma zwischen der demokratisch notwendigen, sich in den neuen Bundesländern aber verheerend auf die Beschäftigung auswirkenden Währungsunion (Rudolf Hickel/Jan Priebe, Nach dem Fehlstart. Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung, Frankfurt/M. 1994, 29).

³ Norbert Berthold, Ansätze einer ökonomischen Theorie der Sozialpolitik. Normative und positive Aspekte, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft 42 (1991) 145–178.

⁴ Hans Jonas, Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt/M. 1984, 262.

⁵ Die Möglichkeitsbedingung, in den »Geringsten« Gott selbst wahrzunehmen (Mt 25), ist die μετά-voia als Perspektivenänderung. Ohne diese verändernde »Optik« einer »vorrangigen Option für die Armen« (Clodovis Boff/Jorge Pixley, Die Option für die Armen, Düsseldorf 1987; Johannes Paul II., Enzyklika Sollicitudo rei socialis, 42) ist eine differenzierte Wahrnehmung der realen gesellschaftlichen Verhältnisse und damit die Voraussetzung einer Gerechtigkeit für alle unmöglich.

Standpunkte in den gesellschaftlichen Diskurs über diese Problemlagen, an denen die demokratische Kultur zu zerbrechen droht, einzubringen.

I. DEMOKRATIE ALS GERECHTE SENKUNG SOZIALER »KOSTEN«

Die politische Ethik der christlichen Sozialwissenschaft hat der Demokratietheorie bislang eine vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit geschenkt⁶. Defizite hinsichtlich der theoretischen Systematik eines modernen sozialetischen Demokratiebegriffs sind m.E. noch nicht ausgeräumt. Ich möchte daher ein Konzept vorschlagen, das Demokratie als Strategie einer gerechten Senkung sozialer »Kosten« faßt⁷. Systematisch liegt eine sozialetisch kritische Aufarbeitung der vertragstheoretischen Demokratietheorie *Karl Homanns* vor, die Überlegungen von *James Buchanan* und *John Rawls* integriert⁸.

Homann legt seiner Theorie den Wortsinn von δημοκρατία zugrunde: »Demokratie heißt Herrschaft des Volkes«⁹. Der Konsens aller Beteiligten sei also die *normative Basis* des Demokratischen. Nun stelle sich aber das Problem, daß menschliches Leben unter der *Realbedingung universaler Knappheit* stehe; sie wird mit Hilfe der Kategorie der (Opportunitäts-) Kosten eingeführt: Den in einem Konsenskonzept der Demokratie vermiedenen »Diskriminierungskosten« stünden angesichts realer Endlichkeiten »Einstimmigkeitskosten« gegenüber. Daher könne »unter den Knappheitsbedingungen der Realität die – durchaus in Geltung bleibende – Konsensnorm nicht zum generellen Organisationsprinzip der Demokratie werden«¹⁰. Es bedürfe *demokratischer Institutionen*, die als Konsenssimulationsinstrumente der Randbedingung der Knappheit Rechnung tragen. Konsequenter bringt *Homann* sein Demokratiekonzept

⁶ Hervorzuheben sind allerdings etwa *Lothar Roos*, Demokratie als Lebensform, München/Paderborn/Wien 1969; *Walter Kerber*, Die Werte der Demokratie. Philosophische Überlegungen, in: *StdZ* 196 (1978) 219–230.

⁷ Am konsequentesten wird dieser Begriff der »Opportunitätskosten« in dem mit sog. (nicht-monetären) »Schattenpreisen« arbeitenden »ökonomischen Ansatz« (*Gary S. Becker*, Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens, Tübingen, 2. Aufl. 1993) verwendet.

⁸ *Karl Homann*, Rationalität und Demokratie, Tübingen 1988; *ders.*, Demokratie und Entwicklung. Philosophisch-ökonomische Überlegungen zum Thema »Katholische Soziallehre und Lateinamerika«, in: *Peter Hünermann/Margit Eckholt* (Hrsg.), Katholische Soziallehre – Wirtschaft – Demokratie: ein lateinamerikanisch-deutsches Dialogprogramm, Mainz/München 1989, 93–149.

⁹ *Homann*, Rationalität, 41 (Anm. 8). Systematisch sei dieser Ansatz mit der Auffassung der Demokratie als einer »Herrschaft der Mehrheit« inkompatibel (ebd. 163).

¹⁰ Ebd. 186.

in ein syllogistisches Schema: »Als Schluß aus der Norm Konsens und der Randbedingung Knappheit ergeben sich die Organisationsformen in der Demokratie«¹¹. Die effizienteste Lösung bestehe dann in derjenigen Demokratieform, welche real die insgesamt niedrigsten Kosten (Diskriminierungskosten; Einstimmigkeitskosten) verursache¹².

»Homanns vertragstheoretisches Demokratiekonzept ist weiterführend, weist jedoch insofern ein grundlegendes Defizit auf, als »die Vertragstheorie [...] ihr oberstes normatives Prinzip, den Konsens aller, letztlich nicht begründen«¹³ kann. Dieses Defizit erfordert m.E. den konstitutiven Rückgriff auf ein ethisches Moralprinzip, das sich als (implizit religiöser) »Glaube« an die unabsehbare Würde aller Betroffenen darstellt«¹⁴:

1. Moralprinzip: (<i>Ethik</i>)	formale Würde aller Betroffenen
2. Demokratische Norm: (<i>Vertragstheorie</i>)	materieller Konsens aller Betroffenen
3. Realbedingung: (<i>Ökonomik</i>)	Kostenstruktur des Lebens
<hr/>	
4. Schluß:	Demokratische Institutionen (gerechte Senkung sozialer ‚Kosten‘)

Abb. 1: Ein sozialetisches Demokratiekonzept

Nur unter Berücksichtigung eines ethischen Moralprinzips kann die Demokratie als Strategie einer *gerechten* Senkung sozialer »Kosten«¹⁵ und

¹¹ Ebd. 168f.

¹² Demokratie als Herrschaft (im Namen) aller sei »erst dann realisiert, wenn die Gesamtkosten [...] niedriger sind als bei alternativen [...] Handlungsprogrammen« (ebd. 173).

¹³ Karl Homann, Strategische Rationalität, kommunikative Rationalität und die Grenze der ökonomischen Vernunft, in: Peter Ulrich (Hrsg.), Auf der Suche nach einer modernen Wirtschaftsethik, Bern/Stuttgart 1990, 102–119, 107.

¹⁴ » Die Kirche achtet die *berechtigte Ordnung der demokratischen Ordnung*. [...] Der Beitrag, den sie zu dieser Ordnung anbietet, ist die Sicht von der Würde der Person.« (Johannes Paul II., Enzyklika Centesimus annus, 47).

¹⁵ In der Gerechtigkeitstheorie Rawls', die eine »moralische Grundlage« für eine demokratische Gesellschaft liefert (John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1979, 12), wird dieser »Glaube« an die Würde aller Menschen sachlich durch den »Schleier des Nichtwissens« illustriert.

so als Rekonstruktion der traditionellen Sozialprinzipien konzeptualisiert werden: Ausgehend von dem als Moralprinzip fungierenden »Personprinzip« werden mit der demokratischen Norm das »Solidaritätsprinzip« und mit den Realbedingungen dem »Subsidiaritätsprinzip« entsprechend Leistungspotentiale berücksichtigt, was schließlich zur Demokratie als gerechtem Kostensenkungsverfahren im Sinn des »Gemeinwohlprinzips« führt.

II. BEWÄHRUNGSPROBEN. SOZIALETHISCHE HERAUSFORDERUNGEN DER DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT

Die moderne Demokratie hat unterschiedliche Bewährungsproben zu bestehen. Um im gesellschaftlichen Diskurs diesbezüglichen Handlungsstrategien argumentative Plausibilität zu verleihen, kann das ethische Demokratiekonzept weiterführen.

1. Freiheitsgarantie

Das Verhältnis zwischen Demokratie und Freiheit wird in sozialwissenschaftlichen Entwürfen äußerst unterschiedlich beurteilt. (a) Für den *Liberalismus* kann die – durchgängig als »Herrschaft der Mehrheit« interpretierte¹⁶ – Demokratie mit der individuellen Freiheit u.U. zwar kompatibel sein¹⁷, wird jedoch nicht nur als logisch paradox¹⁸, sondern vor allem auch als potentielle Bedrohung der im Paradigma des Marktsystems gedachten (individuellen) Freiheit beargwöhnt¹⁹. Demokratie kann daher nach liberalem Verständnis nur im Sinne einer als – insbesondere vom Bereich der Wirtschaft abgeschirmten – »Regierungsform« akzeptiert werden²⁰. (b) Demgegenüber betont die der Tradition des »Sozialismus« zuzuordnende Theorie Jürgen Habermas' Gefährdungen der vom

¹⁶ Etwa Friedrich August von Hayek, *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen 1971, 125–143.

¹⁷ Die Demokratie sei eine Methode, deren Ziel die Sicherung der individuellen Freiheit als der Möglichkeitsbedingung spontan evolutiver Prozesse sei (Hayek, *Verfassung*, 129. 131. 142 [Anm. 16]; *ders.*, *Die Ursachen der ständigen Gefährdung der Freiheit*, in: *Ordo* 12 [1961] 103–109, 104).

¹⁸ Kenneth J. Arrow, *Social Choice and Individual Values*, New York/London/Sydney, 2. Ed. 1966.

¹⁹ »Mehrheitsentscheidungen [...] werden eher weniger weise sein als die Entscheidungen, die die gescheiterten Mitglieder der Gruppe treffen würden, nachdem sie alle Ansichten angehört haben.« (Hayek, *Verfassung*, 135 [Anm. 16]).

²⁰ Ebd. 125.

Paradigma »kommunikativer Freiheit«²¹ her angesetzt und somit als »Lebensform« verstandenen Demokratie vor allem durch die »kolonialisierenden« Systeme der Wirtschaft und des Staats²². (c) Aus der Perspektive des *sozialethischen* Demokratiebegriffs können beide Konzeptualisierungen des Verhältnisses von Demokratie und Freiheit nicht befriedigen. Die im Liberalismus sich ergebende Konsequenz, die klassischen Freiheitsrechte als *Gegenprinzipien* zur Demokratie konzipieren zu müssen, kann demokratietheoretisch nicht überzeugen und ist durch ein Konsenskonzept der Demokratie zu beheben. Während der Liberalismus also die zweite Ebene des sozialethischen Demokratiebegriffs fehlkonzipiert, vernachlässigt der »sozialistische« Ansatz *Habermas'* insofern die dritte Ebene, als er sich auf den normativen Sinn von Demokratie – die politischen Teilnahmerechte²³ – konzentriert, die Kostenstruktur menschlicher Existenz nicht adäquat betont, die politischen Institutionen demokratietheoretisch vornehmlich unter dem Gesichtspunkt systemischer »Kolonialisierungen« beargwöhnt²⁴ und deren Freiheitspotentiale daher unterbelichtet²⁵. In den ökonomisch orientierten Demokratiekonzepten der Vertragstheorie (*Buchanan; Homann*) sind diese Defizite zwar behoben, doch besteht hier aus sozialethischer Sicht noch eine die Machtfrage betreffende Restproblematik²⁶, welcher m.E. nur durch das

²¹ Habermas versteht »kommunikative Freiheit« als Identitätsgröße, die im Gegensatz zu den liberalen Freiheitsrechten mit den illokutionären Verpflichtungen des kommunikativen Handelns verknüpft sei (*Jürgen Habermas*, Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt/M. 1992, 152).

²² »Der normative Sinn der Demokratie läßt sich gesellschaftstheoretisch auf die Formel bringen, daß die Erfüllung der funktionalen Notwendigkeiten systemisch integrierter Handlungsbereiche an der Integrität der Lebenswelt [...] ihre Grenze finden soll.« (*Jürgen Habermas*, Theorie des kommunikativen Handelns II, Frankfurt/M. 1981, 507).

²³ *Habermas*, Faktizität, 647 (Anm. 21).

²⁴ Zwar verfällt *Habermas* nicht dem Anti-Institutionalismus der alten Frankfurter Schule, aber er konzipiert die demokratische Öffentlichkeit *nur* als kritisches Korrektiv des politisch institutionalisierten Systems, nicht aber diese Institution *auch* als Teil der realen Organisation von Demokratie (ebd. 449–451).

²⁵ Obgleich weder *Habermas* noch *von Hayek* der These, daß sanktionierenden Zwang ausübende Institutionen freiheitsproduktive Investitionen sein können (*Ingo Pies*, Normative Institutionenökonomik. Zur Rationalisierung des politischen Liberalismus, Tübingen 1993, 285–318) prinzipiell widersprechen, konvergieren sie doch in der Tendenz, die demokratischen Institutionen des Staats als Gefährdung der – bei *Habermas* vom Paradigma des Kommunikativen, bei *von Hayek* vom Paradigma des Marktes her gedachten – Freiheit zu verdächtigen.

²⁶ *Homann* hat eingeräumt, daß in den Vertragstheorien »das Problem der Macht zu kurz kommt.« (*Karl Homann*, Art. Demokratie, in: *Georges Enderle/Karl Homann/Martin Honecker/Walter Kober/Horst Steinmann* [Hrsg.], Lexikon der Wirtschaftsethik, Freiburg – Basel – Wien 1993, 186–197, 194).

Insistieren auf einem demokratiethoretisch konstitutiven, der zu wahren Freiheit *aller* Betroffenen – insbesondere der »Geringsten« – gerecht werdenden Moralprinzip (erste Ebene) zu begeben ist.

Die institutionalisierte Demokratie der Moderne ist eine Investition in die Freiheit *aller*, wenn sie allen drei Ebenen des sozialetischen Demokratiekonzepts in nach vorne offener Dynamik Rechnung trägt, d. h. mit Hilfe der moralischen Sensibilität eines postmodernen Blicks für die verborgenen Widerstreite der postparadiesischen Wirklichkeit moderner Gesellschaften²⁷ je neu das Projekt der Senkung sozialer »Kosten« zu realisieren sucht.

2. Arbeit und Sozialeleistungen

Das Thema »Arbeit« hat in der katholischen Soziallehre eine lange Tradition²⁸. Angesichts eines unerträglichen Ausmaßes der Massenarbeitslosigkeit²⁹ kann es m. E. in der theologischen Sozialethik nicht nur um moraltheoretische Begründungsprobleme, sondern vor allem auch um die Realisierbarkeit moralischer Gehalte unter den Bedingungen moderner Funktionszusammenhänge gehen. Daher sollte die Erarbeitung konzeptioneller – an die Entwicklungen der modernen Ökonomik anschließender – Problemlösungsstrategien von der theologischen Sozialethik nicht vernachlässigt werden.

²⁷ Das Konzept einer demokratischen Pluralität markiert das »Moderne«, der Begriff des Widerstreits das »Postmoderne« der (Post-)Moderne. Näher hierzu *Michael Schramm*, »Dem Widerstreit gerecht werden«. Die Herausforderung der theologischen Sozialethik durch die postmoderne Philosophie Jean-François Lyotards, in: *Thomas Hausmanninger*, Christliche Sozialethik zwischen Moderne und Postmoderne, Paderborn/München/Wien/Zürich 1993, 141–155.

²⁸ Einführend etwa *Stephan H. Pförtner/Werner Heierle*, Einführung in die Katholische Soziallehre, Darmstadt 1980, 83–91; *Franz Furger*, Moral oder Kapital? Grundlagen der Wirtschaftsethik, Zürich/Mödling 1992, 157–180. Zur Arbeitslosigkeit z. B. *Arno Anzenbacher*, Arbeitslosigkeit und Arbeit, in: *IKaZ* 13 (1984) 124–134; *Walter Kerber*, Arbeit und Arbeitslosigkeit, in: *Johannes Gründel* (Hrsg.), Leben aus christlicher Verantwortung. Ein Grundkurs der Moral II, Düsseldorf 1992, 70–81; *Friedhelm Hengsbach*, »Vorrang der Arbeit« – ein bloßer Symbolwert?, in: Arbeit – Arbeitslosigkeit – Menschenwürde. Ökonomisch-theologische Perspektiven, Luzern 1994, 97–116.

²⁹ Im Februar 1994 waren in Deutschland bei einer Arbeitslosenquote von 10,5% (Ost: 16,8; West: 8,9) 4,04 Mill. Personen arbeitslos (Ost: 1,30; West: 2,74). Angesichts der Tatsache, daß eine verdeckte Arbeitslosigkeit von 1,97 Mill. Personen (Ost: 1,32; West: 0,65) bestand, ergibt sich eine »wahre« gesamtdeutsche Arbeitslosenzahl von insgesamt 6,01 Mill. Personen (*Horst Siebert*, Geht den Deutschen die Arbeit aus? Neue Wege zu mehr Beschäftigung, München 1994, 18).

Hinsichtlich der Überwindungsstrategien herrscht Widerstreit³⁰. Grundsätzlich gilt: Aufgrund der jeweils begrenzten Wirksamkeit ist eine mehrgleisige Strategie erforderlich; Patentlösungen gibt es nicht. (a) Da *Wirtschaftswachstum* nicht gleich Beschäftigungswachstum ist, greift diese Strategie zu kurz. Hierüber besteht zwischen Liberalismus und Keynesianismus weitgehend Konsens³¹. Empirisch läßt sich feststellen, daß erst eine Wachstumsrate über 1,7% positive Beschäftigungswirkungen zeitigt, ein Wachstum von z. B. 2,7% bei ca. 34 Mill. Erwerbstätigen also nur einen Zuwachs (0,4%) von ca. 136.000 Arbeitsplätzen erbringen würde³². Hoffnungen auf einen bis zum Sockel der Arbeitslosigkeit durchdringenden »trickle-down«-Effekt einer Konjunkturbelebung sind daher verfehlt. (b) Angebotsorientierte Intensivierungen des *Produktivitäts- und Innovationswettbewerbs* sind anzustreben³³; die Effekte betreffen jedoch vermutlich nur den oberen und mittleren Bereich des Arbeitsmarkts. (c) Die nachfrageorientierte Strategie *staatlicher Arbeitsmarktpolitik* besitzt – gegenwärtig besonders in Ostdeutschland – eine unverzichtbare Brückenfunktion, ist aber als ausgedehnte und dauerhafte Maßnahme (»zweiter Arbeitsmarkt«) nicht finanzierbar. Die Selbstfinanzierungsquote der *bestehenden* öffentlich geförderten Beschäftigung wird zwar teilweise relativ hoch eingeschätzt (bis zu 95%), doch eine verstärkte Ausweitung des »zweiten Arbeitsmarkts« hätte im Fall der Produktion marktfähiger Güter/Dienstleistungen volkswirtschaftlich unerwünschte Mitnahme- (»Karussellgeschäfte«) und Verdrängungseffekte (»Crowding-Out«) zur Folge und würde sich im Fall nicht-marktfähiger Güter/Dienstleistungen nicht mehr rechnen. Dem Argument, es sei »besser, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren«³⁴, kann daher *in dieser Variante* nur für – den Strukturwandel nicht behindernde – Überbrückungsmaßnahmen Gültigkeit eingeräumt werden. (d) Die Möglichkeiten einer solidarischeren *Verteilung der Arbeit* sollten genutzt werden, können jedoch als *pauschales* Patentrezept das Problem nicht allgemein

³⁰ Dies zeigt sich bereits in der Frage, ob es sich primär um »keynesianische« oder »klassische« Arbeitslosigkeit handelt. Die divergierenden Arbeitsmarkttheorien zusammenfassend: Fritz Abt/Josef Auer/Peter Mirz, Arbeitsmarkttheorien, in: Das Wirtschaftsstudium [WISU] 21 (1992) 969–974.

³¹ Etwa Siebert, 64 (Anm. 29); Hickel/Prieue, 18.301 (Anm. 2).

³² Siebert, 64–67 (Anm. 29).

³³ Wünschenswert wären diesbezüglich eine effizientere Unternehmenskontrolle (Ekkhard Wenger, [Art.] Unternehmenskontrolle, in: Enderle et al., 1132–1138 [Anm. 26]) und eine Forcierung der indirekten Förderung von Forschung und Entwicklung, gegenwärtig insbesondere in Ostdeutschland.

³⁴ Friedrich Butler, Ein zweiter Arbeitsmarkt ist unverzichtbar, in: Wirtschaftsdienst 73 (1993) 283–286, 285.

lösen³⁵: Zu verweisen ist auf das Fehlen qualifizierter Arbeitskräfte aufgrund der gegenüber den Arbeitslosen (durchschnittlich) höheren Qualifikation der Beschäftigten, die Koordinationskosten bei der »Stafettenübergabe«, die Verringerung der Arbeitsnachfrage im – Arbeitsteilung relativ problemlos erlaubenden – Bereich einfacher Tätigkeiten, wenn eventuelle Produktivitätserhöhungen voll als Lohnerhöhung ausgeschüttet würden, und auf die Erhöhung staatlicher Kosten. Aufgrund dieser wenig fröhlichen Zusammenhänge einer Kontraproduktivität *pau-schaler* Arbeitsumverteilungen ist es fraglich, ob durch Teilzeitarbeit tatsächlich zwei Millionen Jobs – wohlgemerkt: nicht sechs Millionen – geschaffen werden können, wie eine McKinsey-Studie behauptet³⁶. Es bedarf daher – über die sinnvollen Arbeitszeitverkürzungen hinaus – der Erschließung *neuer* Beschäftigungsmöglichkeiten. (e) Angesichts gravie-render Produktivitätsdifferenzen der verschiedenen Arbeitsplätze (»Treppe« der Produktivität) sind – wenn neue Arbeitsplätze erschlossen werden sollen – *produktivitätsorientierte Lohndifferenzierungen* unvermeidlich³⁷. Wenn die Arbeitskosten (Löhne/Lohnnebenkosten) schneller steigen als die Produktivität, sind Unternehmen *systemlogisch* gezwun-gen, ihre Produktivität entweder durch Entlassung von Arbeitskräften³⁸ oder durch Substitution von Arbeit durch (Real-)Kapital (»Rationalisie-rungsinvestitionen«) zu steigern. Faktisch ist eine Verhinderung von Lohndifferenzierung, die auch Niedriglohnjobs einschließt, gleichbedeu-tend mit der Nichtnachfrage nach Arbeitsplätzen geringerer Produktivi-tät: »Wenn in einer Marktwirtschaft die Preise (hier: die Löhne) nicht hinreichend reagieren, müssen sich die Mengen – in diesem Fall die Beschäftigung und somit die Arbeitslosigkeit – anpassen«³⁹. Notwendig ist also eine produktivitäts- und damit beschäftigungsorientierte Lohnpo-

³⁵ Reichlich sarkastisch, dennoch aber instruktiv hierzu: *Renate Merklein*, Zyklus des Verlernens, in: *Wirtschaftswoche* Nr. 15 vom 08. 04. 1994, 42–50.

³⁶ Hierzu *Ulrich Groothuis*, Zwei Fliegen, in: *Wirtschaftswoche* Nr. 9 vom 25. 02. 1994, 72–76.

³⁷ »Arbeit ist [...] nicht knapp [...]. Knapp ist lediglich die Möglichkeit, Lohnkosten von 40 Mark pro Stunde zu erwirtschaften« (*Wolfram Engels*, Arbeitsbeschaffung, in: *Wirtschaftswoche* Nr. 49, 3. 12. 1993, 146). Eine *generelle* Lohnsenkung wäre für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie trotz der hohen – durch Produktivitätsvorsprünge zwar aufgefangen (»Lohnstückkosten«), aufgrund der Wechselkursentwicklung jedoch wieder belastenden (*Siebert*, 85–87 [Anm. 29]) – Arbeitskosten (West-D: 42,67 DM; J: 37,30 DM; USA: 27,84 DM; P: 7,80 DM) wenig sinnvoll, da sie aufgrund von dann zu erwartenden Kursaufwertungen der DM hinsichtlich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wirkungslos bliebe.

³⁸ Eine solche Produktivitätserhöhung durch Arbeitsplatzabbau hat etwa die Entwicklung der letzten Jahre in Ostdeutschland massiv gekennzeichnet.

³⁹ *Siebert*, 136 (Anm. 29).

litik⁴⁰. Nun gibt es aber zwischen dem Einkommenseffekt und dem Beschäftigungseffekt der Tarifpolitik einen objektiven Widerstreit: Die tariflichen Löhne werden von Insidern ausgehandelt; es werden diejenigen bedient, die Arbeit haben, nicht aber diejenigen, die Arbeit suchen. Die unbeschäftigten Outsider bleiben »draußen« (»Insider-Outsider«-Theorie)⁴¹. Die Arbeitslosen werden zu einer »vergessenen Gruppe«, die (ohne Lobby) »schweigend leidet«⁴².

An dieser Stelle gewinnt das vermeintlich (nur) wirtschaftspolitische Problem religiös-ethische Relevanz: Wenn der Ausgangspunkt der theologischen Sozialethik durch die jesuanische »Option für die Armen« markiert wird, dann ist es Aufgabe von Kirche und Sozialethik, den Arbeitslosen Lobby zu sein⁴³: Beschäftigungspolitisch muß es darum gehen, ihnen eine Stimme in den Tarifverhandlungen zu verleihen⁴⁴. In der Konsequenz ist zweispurig zu verfahren: Um einerseits dem »Recht auf Arbeit«⁴⁵ aller Rechnung zu tragen, verlangt eine sozialethische *Solidarität mit den Outsidern* auch Lohndifferenzierungen⁴⁶, andererseits wird nun eine sozialpolitische Abfederung der Niedrigeinkommen erforderlich.

⁴⁰ Das »Kaufkraftargument« beruht auf einer »Milchmädchenrechnung«, denn für die Exportwirtschaft wäre eine Schwächung der Exportfähigkeit, für die Binnensektoren ein erhöhtes, die Nachfrage absorbierendes und investitionsfeindliches Preis- und Zinsniveau die Folge. Konsequenz: Verlust von Arbeitsplätzen (Siebert, 100 [Anm. 29]).

⁴¹ Assar Lindbeck/Dennis J. Snower, *The Insider-Outsider Theory of Employment and Unemployment*, Cambridge/M. 1988. Aufgrund von »Hysterisis«-Prozessen (Lohnbildung; »Humankapital«-Abbau) bildet sich ein Sockel von Dauerarbeitslosen.

⁴² Diese allgemeine Formulierung bei Mancur Olson, *Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*, Tübingen 1968, 163. Die Unternehmen können systemlogisch keine direkte Lobby der Arbeitslosen sein, denn ihre Funktion besteht nach den Regeln der Wettbewerbswirtschaft darin, über den Gewinnanreiz Effizienz zu gewährleisten (Karl Homann/Franz Blome-Drees, *Wirtschafts- und Unternehmensethik*, Göttingen 1992, 24). Die Gewerkschaften fungieren bislang – wie etwa die 4-Tage-Woche bei VW zeigt – primär als Interessenvertreterinnen derer, die Arbeit haben. Gewerkschaften und Unternehmen sind als Insider zu betrachten.

⁴³ Auch die Gewerkschaften könnten sich stärker als Anwältinnen der potentiellen Arbeitnehmer/-innen profilieren.

⁴⁴ Ähnlich Norbert Berthold, *Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsplatzbesitzer*, in: *Wirtschaftsdienst* 74 (1994) 167–171.

⁴⁵ Das sozialethisch zu betonende »Recht auf Arbeit« läßt sich im Rahmen einer modernen Marktwirtschaft nicht direkt einfordern, sondern muß funktional rekonstruiert werden.

⁴⁶ »Aufgabe der Sozialethik ist es [...], auf der Einhaltung scheinbar »herzloser« Regeln zu bestehen, die die Interessen derer schützen, die an keinem Verhandlungstisch je werden Platz nehmen können.« (André Habisch, *Christliche Institutionenethik und Familienpolitik. Zur Theorie eines praxisorientierten Programms*, in: *Die Neue Ordnung* 48 (1994) 192–206, 205, A. 16).

In beschäftigungspolitischer Hinsicht ist – neben grundsätzlichen Problemen des Sozialleistungssystems (Stichwort: »Kostenexplosion«)⁴⁷ – momentan insbesondere die sog. »Armutsfalle« (»poverty trap«) hervorzuheben, die die Anreize zur Aufnahme einer (legalen) Erwerbstätigkeit im Niedriglohnbereich systematisch zerstört⁴⁸. Abhilfe könnte diesbezüglich der Vorschlag einer »negativen Einkommensteuer« bringen⁴⁹. Doch die vermeintliche »Wunderformel« besitzt die weniger wunderbare Eigenschaft, entweder nicht finanzierbar oder aber sozial unverträglich zu sein: Legt man zum einen das durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 25.09.1992 schon für Alleinstehende ab 1996 vorgeschriebene, auch als Grundfreibetrag fungierende Existenzminimum von ca. 1000 DM pro Monat (jährlich 10530 DM) und zum anderen einen die Steuer-

⁴⁷ Sozialleistungsquote (1993: ca. 34%) und Sozialversicherungsbeiträge (1994: ca. 40% der Löhne/Gehälter) sind quantitativ zu einer Gefahr für Wachstum und Beschäftigung geworden. Doch ist entgegen liberalen Behauptungen, es sei »eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft« (*Friedrich August von Hayek, Wissenschaft und Sozialismus, Tübingen 1979, 16*), darauf zu insistieren, daß das soziale Sicherungssystem – also das primär nach dem Prinzip der Äquivalenz von Eigenbeitrag und (monetärer) Versicherungsleistung funktionierende, partiell aber auch durch das Sozialprinzip (etwa Sachleistungen) charakterisierte Sozialversicherungssystem und die nach dem Fürsorgeprinzip gestaltete Sozialhilfe – in humankapitaltheoretischer Interpretation qualitativ ein erstrangiger Produktionsfaktor ist (*Gerhard Kleinhenz, Die Zukunft des Sozialstaats. Spielraum für sozialen Fortschritt unter veränderten Rahmenbedingungen, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 37 [1992] 43–71; Homann/Blome-Drees, 60 [Anm. 42]*).

⁴⁸ Es bleiben etwa für alleinstehende Sozialhilfeempfänger/-innen mit der seit 1993 vorgesehenen Einräumung von Freibeträgen »in jeweils angemessener Höhe« (BSHG 76, 2a) – neben den als »Hilfe zum Lebensunterhalt« durchschnittlich ausbezahlten 950 DM – monatlich nur 250 DM (vorher: pro Jahr 1500 DM Mehrbedarfszuschlag, so *Rainer Erbe/Susanne Erbe, Sozialhilfe auf dem Prüfstand, in: Wirtschaftsdienst 73 [1993] 588–596*) anrechnungsfrei (so *Fritz W. Scharpf, Nicht Arbeitslosigkeit, sondern Beschäftigung fördern, in: Heinz-Werner Meyer (Hrsg.), Sozial gerecht teilen – ökologisch umsteuern?, Köln 1994, 24–42, 28*). D.h.: Bei den sozial Schwächsten werden darüber hinaus gehende Arbeitseinkommen aufgrund einer verteilungspolitischen Inkonsistenz innerhalb des Einkommensteuersystems mit einem Steuersatz von 100% belastet.

⁴⁹ Zusammenfassend *Ingolf Metze, [Art.] Negative Einkommensteuer, in: Handbuch der Wirtschaftswissenschaft 9 (1982) 788–799; Hans-Georg Petersen/Michael Hüther/Klaus Müller (Hrsg.), Wirkungsanalyse alternativer Steuer- und Transfersysteme, Frankfurt/New York 1992, insbesondere 159–186*. Eine konkretisierte Variante liegt mit dem auch vom »Kronberger Kreis« vertretenen Modell Mitschkes vor: Es wird bei einem – zur Ersetzung aller Sozialtransfers gedachten – »Bürgergeld« von 7000 DM pro Jahr (Datenbasis 1982) eine Integration von Steuer- und Sozialsystem vorgeschlagen, die innerhalb des Transferbereichs zusätzliches Einkommen mit einem Anrechnungssatz von 50% besteuert, Unterstützungsgrenze und Grundfreibetrag also bei 14000 DM ansetzt (*Joachim Mitschke, Steuer- und Transferordnung aus einem Guß. Entwurf einer Neugestaltung der direkten Steuern und Sozialtransfers in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1985*).

und Transferanspruchsgrenze auf 2000 DM nach oben verschiebenden Anrechnungssatz von 50% zugrunde, ergeben sich folgende Alternativen: (a) Bei Beibehaltung der beitragsfinanzierten Sozialleistungen stünde den Einsparungen (»Hilfen zum Lebensunterhalt«; Arbeitslosenhilfe etc.) von ca. 40 Mrd. DM schätzungsweise ein fiskalisch nicht zu verkraftendes Finanzierungsdefizit von mehr als 400 Mrd. DM gegenüber⁵⁰. (b) Würde man dagegen – wie es die liberalen Vertreter des Konzepts fordern – sämtliche Sozialtransfers streichen und der Privatinitiative überlassen, erhielte man zwar ausgeglichene fiskalische Kosten, zugleich aber exorbitante soziale »Kosten«.

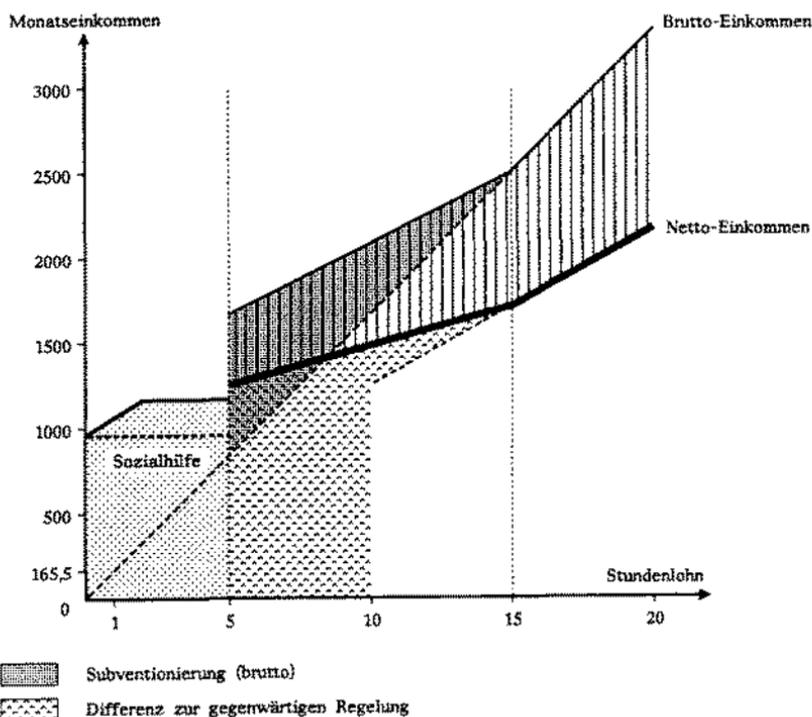


Abb. 2: Subventionierung niedriger Erwerbseinkommen (nach Fritz W. Scharpf)

⁵⁰ So jedenfalls Scharpf, *Arbeitslosigkeit*, 31f (Anm. 48). Zur Kostensenkung auf eine kommunikativere Gesellschaft jenseits der »Logik des Kapitals« zu hoffen (Herwig Büchele/Lieselotte Wohlgenannt, *Grundeinkommen ohne Arbeit. Auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft*, Wien/München/Zürich 1985, 27. 31. 63f. 82–85), ist m. E. nicht realistisch.

Bedenkenswert erscheint dagegen das von *Fritz W. Scharpf* vorgeschlagene Konzept einer »Subventionierung niedriger Erwerbseinkommen«⁵¹; Anders als das »Bürgergeld« bezieht es sich ausschließlich auf Beschäftigte und läßt deshalb das soziale Sicherungssystem bei Arbeitslosigkeit unberührt. Das Ziel, zusätzliche legale Beschäftigungsmöglichkeiten auf Niedriglohn-Arbeitsplätzen zu nutzen, ohne daß die Einkommen der dort Arbeitenden unter das Existenzminimum absinken, würde durch degressive Einkommenszuschüsse erreicht.

Um den Arbeitsmarkt sozialverträglich nach unten zu öffnen⁵², soll die Aufstockung niedriger Erwerbseinkommen bei einem Stundenlohn von 5 DM⁵³ mit dem Maximalzuschuß von 5 DM pro Stunde beginnen und mit einer Degression von 50% bei 15 DM enden (Lohn/Zuschuß: 5/5; 7/4; 9/3; 11/2; 13/1; 15/0)⁵⁴. Von dem so entstehenden Brutto-Lohn wären dann die üblichen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abzuziehen. (a) Da das verbleibende Netto-Einkommen stets über dem Sozialeinkommen läge und jenseits der Zuschußgrenze noch stärker zunähme, bestünde Anreizkompatibilität: »Die von vielen Seiten befürchteten kollusiven Lohnsenkungen zu Lasten des Steuerzahlers fänden also jedenfalls nicht die bereitwillige Zustimmung von Beschäftigten«⁵⁵. (b) Die fiskalischen Kosten schätzt *Scharpf* für den ungünstigsten Fall einer Beschäftigungswirkung von Null auf ca. 6,8 Mrd. DM pro Jahr; sobald aber Beschäftigungseffekte einträten, verminderten sich entsprechend die fiskalischen Kosten⁵⁶. »[A]nders als bei allen Modellen eines »zweiten Arbeitsmarktes« geht es hier nicht um Beschäftigungsverhältnisse, die in vollem Umfang und auf Dauer aus öffentlichen Mitteln finanziert werden müssen, sondern um Arbeitsplätze, [...] deren Kosten [...] zum überwiegenden Teil vom jeweiligen Arbeitgeber aus seinem Markterlös bestritten werden«⁵⁷. (c) Eine Schätzung des Beschäftigungseffekts ist schwierig. Der Vorschlag setzt »auch für die Ausweitung des Niedrig-

⁵¹ *Fritz W. Scharpf*, Für eine Subventionierung niedriger Erwerbseinkommen, in: *Wirtschaftsdienst* 74 (1994) 111–114; *ders.*, *Arbeitslosigkeit* (Anm. 48).

⁵² In den alten Bundesländern liegt der niedrigste Lohntarif bei ca. 10 DM pro Stunde brutto (Monatsgehalt brutto: ca. 1650 DM; netto: ca. 1240 DM).

⁵³ Niedrigere Stundenlöhne sollen nicht gefördert werden, um die ökonomische Seriosität der Arbeitsplätze zu sichern.

⁵⁴ *Scharpf*, *Arbeitslosigkeit*, 33 (Anm. 48); *ders.*, *Subventionierung*, 113 (Anm. 51).

⁵⁵ *Scharpf*, *Subventionierung*, 114 (Anm. 51).

⁵⁶ »Je größer also der Beschäftigungseffekt, desto niedriger wird die fiskalische Gesamtbelastung« (ebd. 114). Einige Szenarien bei *Scharpf*, *Arbeitslosigkeit*, 37f. (Anm. 48).

⁵⁷ *Scharpf*, *Arbeitslosigkeit*, 39 (Anm. 48).

lohn-Sektors auf den Markt als Entdeckungsprozeß⁵⁸. Das sog. »Beschäftigungswunder« der USA kann als Indiz für nennenswerte Beschäftigungseffekte gewertet werden⁵⁹. (d) Die Gefahr einer Verdrängung derzeit marktfähiger Arbeitsplätze (»Crowding-Out«) ist, da es sich um eine Erweiterung des regulären Arbeitsmarkts handelt, als gering zu veranschlagen. (e) Der gesamtwirtschaftlich erwünschte Strukturwandel würde nicht behindert und die gesamtwirtschaftlich erwünschte Dilemmastruktur des Marktes nicht aufgehoben, handelt es sich doch um Arbeitsplätze auf dem regulären Arbeitsmarkt⁶⁰. Obgleich auch dieses Konzept noch einige unge löste Schwierigkeiten beinhaltet⁶¹, weist es m.E. sozialethisch in die richtige Richtung und sollte weiter diskutiert werden.

Arbeitslosigkeit ist aufgrund von Phänomenen sozialer Desintegration und Perspektivlosigkeit für moderne Demokratien zum Existenzproblem geworden. Der sozialethische Demokratiebegriff kann weiterführen hinsichtlich der Grundlinien einer die Massenarbeitslosigkeit überwindenden Strategie. Er tritt dem – aufgrund der Insider-Outsider-Struktur entstehenden – Machtproblem mittels der die Würde der arbeitslosen Outsider einklagenden sozialethischen Grundoption entgegen und trägt der Konsensnorm der Demokratie durch ein Recht auf Arbeit und ausreichendes Einkommen unter den harten Realbedingungen eines – gesamtwirtschaftlich erwünschten – Arbeitsmarkts Rechnung. Diese wirtschaftsethische Strategie stellt als solche eine über Sein und Nichtsein der Demokratie (mit-)entscheidende Herausforderung dar.

⁵⁸ Scharpf, Subventionierung, 114 (Anm. 51). Zum Markt als »Entdeckungsverfahren«: Friedrich August von Hayek, Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze, Tübingen 1969, 249–265.

⁵⁹ Beschäftigungsmöglichkeiten ergaben sich in den USA vor allem im niedrig entlohnten Bereich des Dienstleistungssektors (Ronald Schettkat, 2 Millionen neue Jobs in einem Jahr!, in: WSI-Mitteilungen 47 [1994] 363–370). Die angesichts des in den USA unterentwickelten Sicherheitssystems entstehenden sozialen Härten (»working poor«) sollen in Deutschland durch den Subventionsvorschlag behoben werden.

⁶⁰ Ein »rent seeking« der Unternehmen, also eine »Mitnahme« von Subventionen für auch ohne Bezuschussung entstehende neue Arbeitsplätze, wird – anders als bei einem »zweiten Arbeitsmarkt« – vermieden, weil die Subvention an die Beschäftigten selbst ausbezahlt wird.

⁶¹ Genannt sei nur die unzureichende Begünstigung der Teilzeitarbeit, die technisch durch eine Umstellung der stundenlohnbezogenen auf eine wie immer geregelte Förderung von niedrigen Monats- oder Jahreseinkommen behebbar wäre.

3. Ökologische Herausforderung

Ein Gespenst geistert seit geraumer Zeit durch die ökologischen Diskussionen: Es heißt »Ökodiktatur«. Der Stolperstein, den das Umweltproblem der Demokratie in den Weg legt, besteht in der Zumutung, daß eine ökologiegerechte Gesellschaft nicht zum Nulltarif zu haben sein wird: Im Rahmen eines Marktsystems, das über Geldpreise funktioniert, ist der zunehmenden Verknappung intakter Natur durch eine Integration der Natur ins Preissystem Rechnung zu tragen⁶². Die Natur darf angesichts der ökonomischen Schadensbilanz⁶³ nicht mehr länger kostenlos als »freies Gut« verschwendet werden. Die (Markt-)Preise müssen die »ökologische Wahrheit sagen«⁶⁴. Daher liegt der »Schlüssel des ökologischen Problems [...] was Wirtschaft betrifft, in der Sprache der Preise. [...] Auf Störungen, die sich nicht in dieser Sprache ausdrücken lassen, kann die Wirtschaft nicht reagieren«⁶⁵. Über ein rein quantitatives Wachstum hinaus geht es um die Installation des Konzepts eines ökologisch und ökonomisch vertretbaren »qualitativen Wachstums« (bzw. »sustainable development«), das sich als »Einbezug der Natur in das Preissystem«⁶⁶ definiert. Die soziale Marktwirtschaft ist in eine »ökosoziale Marktwirtschaft« zu transformieren⁶⁷. Konzeptionell lassen sich – den drei Strukturmerkmalen des »Gefangenendilemmas« entsprechend⁶⁸ – die gegenwärtig noch dilemmatischen Anreize zu umweltschädigendem Verhalten auf dreierlei Weise im Sinne einer Internalisierung externer

⁶² Ausführlich hierzu *Michael Schramm*, *Der Geldwert der Schöpfung. Theologie – Ökologie – Ökonomie*, Paderborn/München/Wien/Zürich 1994.

⁶³ 1992 betrug die Umweltschäden in Deutschland mindestens 200 Milliarden DM (*Lutz Wicke*, *Umweltökonomie. Eine praxisorientierte Einführung*, München, 4. Aufl. 1993, 112).

⁶⁴ *Ernst Ulrich von Weizsäcker*, *Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt*, Darmstadt, 3. Aufl. 1992, 141–156. Die Realität sieht anders aus: Für 11 Benzin (1958: 0,63 DM; 1993: 1,33 DM) mußte ein Industriearbeiter 1958 durchschnittlich 16 Min., 1993 nur noch 3 Min. arbeiten (Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Nr. 26 vom 30. 06. 1994, 2).

⁶⁵ *Niklas Luhmann*, *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?*, Opladen, 3. Aufl. 1990, 122.

⁶⁶ *Hans Christoph Binswanger*, *Geld und Natur. Das wirtschaftliche Wachstum im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie*, Stuttgart/Wien 1991, 108.

⁶⁷ *Wicke* (Anm. 63); *Alfred Endres*, *Umweltökonomie. Eine Einführung*, Darmstadt 1994. Die Ökologisierung der sozialen Marktwirtschaft erbringt – bei relativer Verringerung des Kostenfaktors Arbeit – langfristig (leicht) positive Beschäftigungseffekte (*Wicke*, 474.500 [Anm.63]).

⁶⁸ Zu nennen sind die Unterbindung jeglicher Verhaltensabstimmung durch Kommunikation, die Verhaltensdependenz und die spezifische Anreizstruktur der Kronzeugenregel.

Effekte in Produktion und Verbrauch öffentlicher Güter modifizieren: (a) Zulassung von Kommunikation und Entscheidung nach dem ökonomischen Kosten-Nutzen-Prinzip – so das »Coase-Theorem«, das die Gesamtkosten (bzw. Gesamterträge) alternativer sozialer Arrangements vergleicht⁶⁹. (b) Auflösung der Verhaltensinterdependenz durch Einführung von Privateigentum: Die Auszahlungsmatrix wird auf diese Weise dahingehend modifiziert, daß die individuellen Auszahlungsbeträge nicht mehr vom Verhalten anderer, sondern nur noch vom privaten Gewinnkalkül abhängen – so das Konzept handelbarer und progressiv höhere ökologische Standards setzender Verschmutzungsrechte (»Umweltzertifikate«)⁷⁰. (c) Änderung der bestehenden Anreizstruktur durch Gewährung von Subventionen oder – sinnvoller – durch Erhebung von Steuern nach dem Verursacherprinzip – so die »Pigou-Steuer«, die die Abweichung der sozialen von den privaten Kosten zu beseitigen sucht⁷¹. Diese Strategie einer »ökologischen Steuerreform« besitzt realpolitisch wohl die größten Erfolgsaussichten⁷².

Der »Gewinn« des sozialetischen Demokratiekonzepts hinsichtlich der ökologischen Problematik besteht nun darin, die Interessen zukünftiger Generationen – derer, die (noch) nicht am Verhandlungstisch Platz nehmen können – einzubeziehen und so ökonomischen Kostenargumenten langfristiger Art erst Gewicht zu verleihen; ohne eine auch ethische Fundierung des Demokratiekonzepts (erste Ebene) ist das Dilemma zwischen Ökologie und Demokratie⁷³ nicht zu überwinden.

⁶⁹ Ronald H. Coase, Das Problem der sozialen Kosten, in: H.-D. Assmann/Cb. Kirchner/E. Schanze (Hrsg.), Ökonomische Analyse des Rechts, Kronberg/Ts. 1978, 146–202.

⁷⁰ Erläuternd hierzu Schramm, Geldwert, 246–249 (Anm. 62).

⁷¹ Arthur C. Pigou, The Economics of Welfare, 4. Ed., London 1932. Zur auf Bundesebene bislang einzigen Ökoabgabe: Karl-Heinrich Hansmeyer/Erik Gawel, Schleichende Erosion der Abwasserabgabe?, in: Wirtschaftsdienst 73 (1993) 325–332.

⁷² Details verschiedener Varianten bei Thomas Nagel, Umweltgerechte Gestaltung des deutschen Steuersystems. Theoretische und empirische Analyse der Aufkommens- und Verteilungseffekte, Frankfurt/New York 1993. Weizsäcker etwa schlägt eine inflationsbereinigte Verteuerung von Energie und Primärrohstoffen um jährlich ca. 5% bei entsprechender Reduzierung der Arbeitskosten vor. Eine ökologisch orientierte Besteuerung ist – auch in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht – der sog. »Maschinensteuer« vorzuziehen, bei der die resultierende Veraltung des Kapitalstocks Produktivitäts- und Arbeitsplatzverluste nach sich zöge.

⁷³ Sich für strengere Standards einsetzende Politiker/-innen zögen den Unmut der nun zur Kasse gebetenen Bürger/-innen auf sich, während die wohltätigen Wirkungen erst einträten, wenn sie ihnen selbst politisch nichts mehr einbrächten.

III. SCHLUß

Die (post-)moderne Demokratie steht nicht vor unlösbaren Dilemmata, wohl aber vor schwierigen Problemlagen, die unter Widerstreitbedingungen bewältigt werden müssen. Eine problemorientierte (theologische) Sozialethik kann hierzu einen wertvollen Beitrag leisten, wenn sie ihre spezifische Perspektive konkret, d. h. funktional rekonstruiert.

Michael Schramm, Dr. theol. habil., ist Hochschuldozent an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Würzburg.